



Nach intensiven Verhandlungen einigten sich die Teilnehmer des diesjährigen Klimagipfels COP29 auf eine neue Vereinbarung, die Entwicklungsländer beim Übergang zu sauberer Energie und im Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen soll. Ein wesentlicher Bestandteil des Deals: Wohlhabende Nationen verpflichten sich, ihre jährliche finanzielle Unterstützung bis 2035 auf 300 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Das klingt nach Fortschritt – aber reicht das wirklich?

Die Eckpunkte der Vereinbarung

Das Ziel, bis 2035 300 Milliarden Dollar pro Jahr bereitzustellen, mag ambitioniert erscheinen, liegt jedoch weit unter den geschätzten 1,3 Billionen Dollar, die laut unabhängigen Experten tatsächlich benötigt werden. Aktuell beträgt das finanzielle Engagement der Industrieländer 100 Milliarden Dollar pro Jahr, ein Versprechen, das bereits 2009 auf COP15 gemacht wurde, aber erst kürzlich erfüllt wurde.

Für viele Delegierte aus Entwicklungsländern bleibt der Deal enttäuschend. „Das ist wie Pflaster auf eine offene Wunde kleben“, kommentierte ein Vertreter aus dem globalen Süden. Besonders betroffen sind Inselstaaten, die durch den steigenden Meeresspiegel zunehmend in ihrer Existenz bedroht sind.

Wo liegen die Probleme?

Die Kluft zwischen den Versprechen und den realen Bedürfnissen ist gewaltig. Während Industrieländer ihre Zahlungen erhöhen, kritisieren Experten, dass das Geld oft nicht effizient genutzt wird oder an die falschen Stellen fließt. Es fehlt an Transparenz, Koordination und langfristigen Strategien. Ist es also nicht an der Zeit, dass sich die internationale Gemeinschaft fragt, ob sie das Problem ernsthaft anpackt – oder nur Zeit kauft?

Hoffnungsschimmer oder Illusion?

Trotz aller Kritik bietet die Vereinbarung auch Grund zur Hoffnung. Die Betonung auf saubere Energien und Anpassungsmaßnahmen zeigt, dass der Klimawandel nicht länger nur ein Zukunftsthema ist, sondern akute Aufmerksamkeit erfordert. Doch ohne eine klare Strategie und erheblich mehr Mittel könnten die Bemühungen ins Leere laufen.



Eskalation im Nahen Osten: 250 Hisbollah-Geschosse auf Israel

Die Lage in Israel und dem Libanon eskaliert weiter: Gestern schlug die libanesische Miliz Hisbollah mit rund 250 Geschossen zurück, nachdem Israel zuvor einen Angriff auf Beirut durchgeführt hatte, bei dem mindestens 29 Menschen ums Leben kamen. Die Region steht einmal mehr am Rande eines Flächenbrands.

Ein tödlicher Kreislauf

Die jüngsten Angriffe sind Teil einer schon lange schwelenden Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbollah. Laut israelischen Verteidigungskreisen zielte der Angriff auf Mohammad Haidar, einen hochrangigen Hisbollah-Kommandanten – doch das Vorhaben schlug fehl. Stattdessen starben Dutzende Zivilisten, und die Verwüstung in Beirut ist verheerend.

Auf der anderen Seite feuert Hisbollah Projektile in israelische Städte, darunter auch das dicht besiedelte Tel Aviv. Die Angst und der Schmerz sitzen tief – auf beiden Seiten. Kann diese Gewaltspirale jemals durchbrochen werden?

Eine fragile Region

Die anhaltenden Kämpfe verdeutlichen, wie explosiv die Situation ist. Friedensverhandlungen scheinen in weiter Ferne, und internationale Akteure halten sich bislang zurück. Viele Beobachter fürchten, dass die Eskalation in einen umfassenden Krieg münden könnte.

Trumps geheime Geldquellen: Ein Blick hinter den Vorhang

Donald Trump hat erneut für Schlagzeilen gesorgt – dieses Mal, weil er die Finanzierung seines Übergangsteams im Dunkeln lässt. Anders als gesetzlich vorgeschrieben, hat er bislang keine Informationen über die Spender veröffentlicht, die den Übergang in seine zweite Amtszeit finanzieren. Das wirft ernste Fragen auf.

Der Trick mit der Ethik-Pflicht

Üblicherweise müssen gewählte Präsidenten eine Ethik-Vereinbarung unterzeichnen, um



Zugang zu staatlichen Mitteln zu erhalten. Trump hat dies umgangen, was ihm erlaubt, unbegrenzte Beträge von anonymen Geldgebern einzusammeln. Diese Praxis gibt Anlass zur Sorge: Welche Interessen könnten hinter den Kulissen Einfluss auf die nächste Regierung nehmen?

Ein schmaler Grat

Obwohl Trump in der Vergangenheit ähnliche Strategien verfolgt hat, sorgt diese Vorgehensweise für Kritik – selbst aus den eigenen Reihen. Es steht viel auf dem Spiel, denn die Finanzierung seines Übergangsteams wird entscheidend für die Richtung seiner zweiten Amtszeit sein. Doch Transparenz? Fehlanzeige.

Kurznachrichten aus aller Welt

- **Papua-Neuguinea:** Gewalt und Vorwürfe von Hexerei eskalieren nach jüngsten Tragödien.
- **Pakistan:** Ein Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten nahe der afghanischen Grenze endete mit 25 Toten.
- **Ägypten:** Nach Kritik eines Bloggers am Flughafen Kairo droht die Regierung mit rechtlichen Schritten.
- **Indien:** Premierminister Modi wird beschuldigt, mit „Resort-Politik“ die Macht in Bundesstaaten zu übernehmen.
- **Kolumbien:** Ein kontroverser Reggaeton-Hit löst Debatten über stereotype Darstellungen des Landes aus.
- **Tourismus:** Die Hotelpreise in New York City erreichten im September mit 417 Dollar pro Nacht einen Rekord.
- **Sklaverei:** Neue Studien widerlegen die Annahme, dass weiße Frauen seltener aktiv am Sklavenhandel beteiligt waren.

Die Welt bleibt in Bewegung – und wir schauen genau hin.